

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

242 (17.10.1922)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 1,05 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 1,65 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 1,50 M monatlich. Einzelnummern 7 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 431.

Anzeigen: Die einpaltige Kolonelleise 15.-M, auswärts 18.-M. Die Kleinspaltige 60.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestelle 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Zur Reichspräsidentenwahl

Eine neue Phase — Verlängerung der Amtszeit Eberts durch ein Gesetz

Berlin, 16. Okt. Heute vormittag fanden Besprechungen der Fraktionsführer der Koalitionsparteien, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei beim Reichskanzler über die Wahl des Reichspräsidenten statt. In der Sitzung nahmen auch der Reichskanzler Bauer, der Reichsminister des Innern Kistner und der Reichspräsident Ebert teil. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei Stresemann machte in längerer Ausführungen die Bedenken geltend, die seine Partei gegen die Vornahme der Wahl an dem vorgesehene Termin hat. Die Vertreter der übrigen in der Sitzung anwesenden bürgerlichen Parteien schloßen sich entsprechend ihrer Stellungnahme in früheren Beratungen dieses Gegenstandes diesen Bedenken an, die zurückzuführen sie sich nur bereit erklären, wenn eine Entscheidung der Wahl aus verfassungsmäßigen Gründen unmöglich sei. Der Vertreter der Sozialdemokratie lehnte es namens seiner Partei ab, dem Vorschlag auf Verschiebung der Wahl und damit einer Verlängerung der provisorischen Stellung des Reichspräsidenten zuzustimmen. Seine Partei sei noch wie vor für die Vornahme der Wahl an dem vorgeschlagenen Termin. Nur ein verfassungsmäßiges Gesetz, das die provisorische Stellung des Reichspräsidenten in ein definitives umwandelt, könne, da die Entscheidung dem Reichstag zusteht, die Lage ändern. Ob seine Fraktion diesen Weg betreten werde, lasse er dahin gestellt. Der Reichskanzler stellte fest, daß die Aussprache mit den Parteien in dieser Sache eine neue Situation geschaffen habe als die Verhältnisse der bürgerlichen Parteien nochmals den Versuch unternommen hätten, eine Wahl in kurzer Frist zu veranstalten. Durch die Erklärung der Sozialdemokraten sei jedoch der Versuch der Deutschen Volkspartei, den Wahltermin entsprechend hinauszuschieben, hinfällig geworden. Die Parteiführer erklärten, sie würden über die Lösung der Situation durch ein verfassungsmäßiges Gesetz mit ihren Fraktionen Aussprache nehmen. Die Aussprache wurde abends auf übermorgen vertagt.

Auf Grund des Ergebnisses der gestrigen interfraktionellen Besprechungen beim Reichskanzler hält es das „Berliner Tageblatt“ für wahrscheinlich, daß die Koalitionsparteien zusammen mit der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei in der Mittwochsitzung des Reichstags eine gemeinsame Erklärung abgeben, in der dem Reichspräsidenten das Vertrauen ausgesprochen und er ermächtigt wird, das Amt vorläufig weiterzuführen.

Man will also durch eine Vertrauensfundgebung die Verziehung schmachvoller machen, auf die sich aber wohl weder der Reichspräsident noch unsere Partei einlassen werden. Wir verlangen nach wie vor, daß am 3. Dezember die Wahl stattfindet. Wir haben gar keine Veranlassung, lediglich wegen der Verlegenheit der bürgerlichen Parteien von dieser Forderung abzugehen. Uebrigens hält auch die „Frankf. Zig.“ die Verschiebung der Wahl durch eine Vertrauensfundgebung für einen sehr bedenklichen Ausweg. Sie schreibt:

Wir haben am Samstag gezeugt, daß schon die absichtliche Zusammenlegung der Wahl des Reichspräsidenten mit der des Reichstags dem Geist unserer Verfassung zuwiderläuft. Viel härter noch gilt das von jener Vertrauensfundgebung, die in gewisser Beziehung ein Abhängigkeitsverhältnis des Reichspräsidenten vom Parlament herstellen würde, genau das Gegenteil dessen, was die Verfassung gewollt hat. Der Deutsche Reichstag hat keinerlei Befugnis, dem Staatsoberhaupt Vertrauen oder Mißtrauen auszusprechen; er kann lediglich, wenn er seine Zustimmung als gesetzlich ansieht, dem Reichspräsidenten gegenüber an die Volkswahl appellieren. Dem Reichskanzler und seinen Regierungsfolger ist die Volkswahl überlassen. Dem Reichspräsidenten, der selbst Volkswahler ist, ist sie nebensächlich. Die Verlängerung seines Amtes durch parlamentarische Beschlüsse würde bedeuten, daß Herr Ebert die nächsten zwei Jahre als Mandatar des Reichstags sein Amt ausübt. Heute ist er noch Mandatar der Nationalversammlung, und das entspricht als Provisorium dem Wortlaut und dem Geist der Verfassung, denn die Nationalversammlung war damals in Deutschland allein souverän, so wie heute nur noch das Volk selbst es ist. Von Wählern mit älterer demokratischer Tradition sollten wir lernen, wie eine Verfassung ernst genommen und heilig gehalten werden muß.

Die Finanzgebarung des Reiches

Neue starke Vermehrung der schwelenden Schuld
Berlin, 16. Okt. (Berl. Tel.) Der Ausweis über die Finanzgebarung des Reiches in der ersten Oktoberhälfte zeigt eine neue starke Vermehrung der schwelenden Schuld. Gegenüber den Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren von 5,4 Milliarden Mark stehen Ausgaben von insgesamt 4,8 Milliarden Mark, so daß die schwelende Schuld mit 88,8 Milliarden Mark in Anspruch genommen werden mußte. In den dem Ausweis beigegebenen Erläuterung wird dazu u. a. ausgeführt: Die Ausgaben haben sich im Vergleich mit der vorigen Berichtshälfte bedeutend vermehrt (damals betragen sie 93,9 Milliarden Mark, die Einnahmen der schwelenden Schuld allein 89,7 Milliarden Mark), sie übersteigen jedoch infolge der freizweigenden Geldbewertung die Einnahmen um einen sehr hohen Betrag. Die Ausführung des Friedensvertrags allein hat rund 8 Milliarden Mark beansprucht. Ferner sind zu erwähnen die Abhebungen der Betriebsverwaltungen aus der Reichskasse (19 Milliarden Mark), Ausgaben im Verjüngungsdienst (2,6 Milliarden Mark) und für Volkswirtschaft (1,4 Milliarden Mark). Die Beschlüsse der Reichspräsidenten an die Länder und Gemeinden, höhere sach-

liche Ausgaben der inneren Verwaltung infolge der starken Preissteigerung für alle Bedürfnisse.

Die Ausgaben zur Beschaffung von ausländischen Zahlungsmitteln für die Erfüllung des Friedensvertrags haben in der Berichtshälfte eine Verminderung von 12,3 Milliarden Mark betragen, und zwar aus dem Grund, weil früher beschaffte ausländische Zahlungsmittel nicht zum Zwecke der Erfüllung des Friedensvertrags, sondern zur Bezahlung von angelautem ausländischem Getreide verwendet worden sind. Durch die Zunahme in der Berichtshälfte hat sich der Gesamtbetrag der schwelenden Schuld an diskontierten Schatzanweisungen auf 489,7 Milliarden Mark vergrößert; darunter befinden sich für 13,9 Milliarden Mark Schatzanweisungen mit einer drei Monate überreichenden Laufzeit.

Laut „Vorwärts“ beschäftigte sich das Reichskabinett gestern mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung eines wertebeständigen Goldpapiers. Wie das Blatt schreibt, handelt es sich um ein Zahlungsmittel, das im Inland nach dem jeweiligen Wert des Dollars in Zahlung genommen werden soll. Die Beratungen des Reichskabinetts sind noch nicht geschlossen.

Uebergabe der Goldschatzkammer
Berlin, 17. Okt. Die am 15. Oktober nach dem mit Belgien abgeschlossenen Abkommen fälligen Goldschatzkammer werden heute der Reparationskommission in Paris übergeben werden. Sie lauten unter Berücksichtigung der Deutschland aus anderen Leistungen zulebenden Aufschritten auf einen Gesamtbetrag von 47 445 155 Goldmark.

Kampf der Industriellen gegen die Devisenverordnung

Berlin, 17. Okt. In einer Eingabe an den Reichskanzler beschwert sich der Reichsverband der deutschen Industrie darüber, daß vor dem Gesetz der Devisenverordnung industrielle Sachverständige nicht gehört worden sind. Da die Verordnung die Exportverhältnisse der praktischen Wirtschaft gänzlich unberücksichtigt lasse, richtet der Reichsverband der deutschen Industrie an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, vor Inkrafttreten eines endgültigen Gesetzes zur Bekämpfung der Devisenverletzung die Industriekreisverhältnisse gütlich zu hören.

Zur Reparations- u. Währungsfrage

Berlin, 17. Okt. Die Berliner Funktionäre der Vereinigten sozialistischen Partei nahmen gestern in einer Versammlung nach einem Referat Hilferdings über die Reparations- und Währungsfrage einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: „Der unaufhaltbare Währungsverfall bedroht alle auf Parteieinnahmen angewiesene Lohn-, Verkaufs- und Renteneinkünfte in ihrem Leben, vertritt aber auch die Wirtschaft und legt zur Teuerung noch die Massenarbeitslosigkeit. Durch eine Stützungsaktion für die Mark muß mit Hilfe des Wohlstandes der Reichsbank die Aufhebung der Mark verhindert werden. Die Funktionäre versammeln verlangen von der Reichstagsfraktion, daß sie alles tut, um diese Forderung durchzusetzen, da sonst die Sozialdemokratie die Verantwortung für die drohende Gefahr des Währungsverfalls nicht mehr übernehmen könne.“

Die Zusammenkünfte in Berlin

Berlin, 17. Okt. In der für gestern abend angekündigten kommunalistischen Protestversammlung, die in Ruhe verlief, wurde beschlossen, daß heute vormittag die Betriebsräte der großen Berliner Betriebe im Reichstagsgebäude vorzutreten und vom Reichspräsidenten Richter fordern sollen, sämtliche Verhafteten sofort freizulassen. Werde dem Verlangen nicht Folge gegeben, so wären am Montag sämtliche Betriebe stillzulegen. Der „Vorwärts“ Zeitung zufolge wurden gestern abend noch etwa 30 Personen festgenommen und einem Verhör unterzogen. Bei fast allen Verhafteten ergaben die Ermittlungen, daß sie in Versammlungen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert und solche am Sonntag selbst begangen hätten. Alle bei den Straßenkämpfen verletzten Personen sind jetzt außer Lebensgefahr.

Kleine Nachrichten

In Speyer sind vorlesige Nacht aus der Kreisverwaltungsstelle drei kleine Platinen in Werte von 750 000 M gestohlen worden. Man vermutet ihre Verbringung nach Mannheim, weil sich hier eine Schmelzerei befinden soll.
Wiesbaden. Das französische Kriegsgericht verurteilte den sächsischen Schützen Anate Anome Den Reiser wegen des am 12. Juni 1922 verübten Mordes an der 19jährigen Frieda Ludow in Haft zum Tode.
Kraumburg. Gestern abend wurde einem im Hotel „Schwarzes Roß“ auf kurze Zeit abgetragenen Gast die Briefschlüssel mit 1/2 Millionen baren Geldes, zumeist in ausländischen Scheinen, sowie Depotscheinen, Aktienscheinen und Schecks im Werte von 100 Millionen Mark gestohlen. Die Kriminalpolizei hat die Verfolgung aufgenommen.
Leipzig. Im Reichsgericht fand gestern in Gegenwart der Mitglieder des Reichsgerichts, der Reichsanwaltschaft und der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht die feierliche Einsegnung des neuernannten Präsidenten des Reichsgerichts, Reichsministers a. D. Dr. Simons, durch den Reichspräsidenten im Beisein des Reichsjustizministers statt.
Düsseldorf. Wegen des Vorfalls am vergangenen Samstag in Oberkassel, wo ein junger Turner im Ansturm an eine Vertiefung einfiel, erschienen gestern nachmittags der belgische Delegierte der Rheinlandskommission von Reus und der Ortskommandant bei dem Vertreter Düsseldorf, Oberbürgermeister in Oberkassel und Präsiden für und der deutschen Regierung im Rahmen der Rheinlandskommission das Beileid aus.

Die Teuerung

Von Paul Kampmeier

Besonders Innigenkräftig erweist sich heute im deutschen Volke eine politische Richtung, die alle unser Vaterland tief bewegenden Fragen verblüffend einfach löst: die deutsch-böhmische bezw. die deutsch-sozialistische. Der Jude ist an der Ausmünderung unserer breiten Massen und Bekleidungsmitel auf die Preise für alle Nahrungs- und Bekleidungsmitel auf eine schwindelhafte Höhe, und er stellt dadurch die wirtschaftliche Existenz ganzer Gesellschaftsklassen überhaupt in Frage. Mit einem Wort: die heutige Verteuerung des Lebens ist auf das Südenkonto des Judentums zu setzen. Wir nannten das eine sehr einfache „Lösung“ einer großen Lebensfrage des deutschen Volkes, wir müssen es besser und richtiger als eine einfältige „Lösung“ bezeichnen.

Jedem, der denkend die katastrophenreiche Geschichte des letzten Jahrzehnts durchlebt hat, muß es zum Bewußtsein gekommen sein, daß die schwere Leidensfolge des Volkes, die sich in der gewaltigen, den nationalen Wohlstand verwüstenden Teuerung ausdrückt, die Geschichte der großen wirtschaftlichen Umwälzungen ist, die sich an den mörderischen Weltkrieg knüpfen.

Der Weltkrieg hat ungeheure volkswirtschaftliche Werte zerstört. Milliarden von Mark sind in die Luft geschossen worden. Die Arbeit von Millionen von Frauen und Männern wurde auf dem Wohlstand zerstörenden Krieg eingestellt. Das deutsche Volk wirtschaftete sich körperlich erschreckend herunter. Die Kurve der Todesfälle an Tuberkulose stieg im Weltkrieg hoch hinauf. Diese Todesfälle wuchsen von 13,34 auf 10 000 Lebende im Jahre 1918 auf 22,83 im Jahre 1918 an. Der Mediziner Abendhalten stellte nach dem Weltkrieg bei der Errichtung eines preussischen Wohlfahrtsministeriums fest, daß die Arbeitskraft der Arbeiter in manchen Gegenden auf etwa 50 Prozent reduziert war. „Es war mir sehr peinlich“, so erklärte er, „daß eine neutrale Vorkommission, bestehend aus Schweden, Norwegern und Holländern, in Oberschlesien feststellen mußte, daß dort die Arbeiter der Kohlenwerke derart unterernährt waren, daß eine volle Arbeitsleistung ganz unmöglich war.“

Die wirtschaftende Arbeit des Volkes war also rapid im Weltkrieg herabgesunken, sie sprach sich in einer erschreckenden verminderten Menge der Waren aus. Die Waren wurden selten und daher teuer.

Die Produktionsmittel der deutschen Wirtschaft befanden sich zum Teil in einer trostlosen Verfassung. Bereits im Jahre 1916 traten einen wahren Raubbau „große Verkehrsstörungen“ im preussischen Eisenbahnbetrieb ein. Am 23. Oktober 1917 gelang in einer Kommissionsitzung des preussischen Landtags der preussische Eisenbahnminister ein: „Die Betriebslage der Eisenbahn sei während des Krieges eine außerordentlich schwierige gewesen und sei gegenwärtig besonders schwierig.“ In Breiten unterdrückte die Regierung geistlich jeden wahrheitsgetreuen Bericht über die Bewüstung des Eisenbahnapparates und der Kohlenversorgung. Am 23. Oktober 1917 lief von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in der Staatshaushaltskommission der Antrag ein, „die Verichterstattung an die Presse über unsere Kohlen- und Verkehrsverhältnisse freizugeben.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt und die Zensur verbot strengstens jede Veröffentlichung von konkreten Angaben.

Die deutsche Finanzkraft erschöpfte dann Herr Helfferich durch die Ueberbeschäftigung der Notenpresse in geradezu unverantwortlicher, freivoller Weise. Er lehnte es ab, „aus Gründen des Gleichgewichts des Etats zu neuen Steuern zu greifen“, und er betonte sechs Wochen nach Uebernahme des Schatzamts, daß die Finanzierung des Krieges, also die Kriegskosten, so gut wie ausschließlich durch Noten- und Papiergeldausgabe aufgebracht werden sollten.

Der Weltkrieg hat also die deutsche Wirtschaft stark zerstört. Die gesunkene Kraft dieser Wirtschaft offenbarte einen Warenmangel auf fast allen lebenswichtigen Gebieten. Da kam der Versaillesvertrag: er nahm Deutschland das produktive Elsass-Lothringen, er leitete das Eigentum der saarländischen Kohlengruben und Kohlenlager in die Hände Frankreichs, er schenkte den Polen im Osten landwirtschaftliche Gebiete zu, die große Teile des deutschen Volkes ernährt hatten. Deutschland verlor seine Kolonien, seine ausländischen Kapitalanlagen und mußte über sich die Konfiskation seiner leistungsfähigen Schiffe ergehen lassen. Zuletzt blickte Deutschland noch hochertragsreiche Produktionsquellen in Oberschlesien ein.

Deutschland wurde überdies mit Reparationslasten überbürdet, die seine Volkswirtschaft weiter erdrücken mußten. Am 5. Oktober 1922 erklärte ein offizieller Wortführer der amerikanischen Regierung, daß die Vereinigten Staaten am Aufbau Europas erst mithelfen könnten, wenn ungefähr 60 Prozent der deutschen Reparationen preisgegeben würden. Auf dem Kon-

Feuer. Gestern nachmittags 4 Uhr entzündete auf dem...

Valuta-Bericht vom 16. Oktober. Die Marktnotierte heute in der Schweiz...

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 17. Oktober.

Glossar des Rheins. Schifferin 188, gef. 7 Jtm. Neßl 287, gef. 5 Jtm.

Briefkasten der Redaktion. Gesehwander, Bietheim. Das Fürsorgeamt ist nicht...

Kleine badische Chronik

Offenburg, 16. Okt. Glasmaier Andreas Hansert ist am Samstag abend nach schwerer Krankheit...

Dossenheim, 17. Okt. In der Nacht zum 14. d. M. wurden hier zwei Einbruchsdiebstähle verübt...

Sulzbach bei Eppingen, 16. Okt. Hier wurden in den letzten Nächten eine Reihe Diebstähle verübt...

Ein folgenschwerer Zusammenstoß. Hebrungen, 16. Okt. Samstag abend 1/8 Uhr kam es hier durch die Fregel einer maßlos überfahrenen...

Nachbar alt und Vater von zwei Kindern. Er starb am Sonntag abend, nachdem er vorher noch mit dem Amtmann...

Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Bins Schmidt, Eisenbahninspektor, Chemann, alt 60 J. Elise Dohst, alt 48 J. Ehefrau des Malermeisters...

Hotel Nassauer Hof, Hotel Müller, Markgräfler Hof, Restaurant Grünwald, Restaurant Merkur, Zum Bratwurstglöckle, Gasthaus zum Stephanienbad, Färberei Printz A.-G., Gebrüder Kugel, Rheinstr. 63, ADAM KEMPF, Frz. Fischer & Co., Weingrösshandlg., Max Homburger, Weine und Spirituosen, Junker & Ruh A.-G., Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe, Oscar Sichtig & Co., Maschinenfabrik Louis Nagel, H. Fuchs Söhne.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan. Teigwaren „Syndikatsfrei“ Scheurer & Co., Telgwarenfabriken, Karlsruhe u. Lengenbach. Schweizer & Brecht, Gottesauerstraße 6. Badische Lederwerke, Karlsruhe-Mühlburg.

Machol & Löwengardt, Pack-, Schreib- und Druck-Papiere. Max Schellberg & Co., Aktiengesellschaft, Schmiedestücke für alle Zwecke. EMIL KOHN, Inh.: Wilhelm Edelmann, Fabrik für Chirurgie - Mechanik. Unterberg & Helmle, Karlsruhe, Ritterstrasse 13-17. Casimir Kast, Holzhandlung, Sägewerke, Gernsbach.

Feldbahnen, Lokomotiven, Baumaschinen, Werkzeugmaschinen. Max Strauss, Karlsruhe. L. Bienenstock, Luisenstr. 75, Weiß- u. Kurzwaren en gros. W. Heinert Machl, Herrenartikel, Kaiserstrasse 227. Adolf Pfeiffer, Karlsruhe, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen. C. F. Dürr, Adlestr. 20, Tel. 172, gegründet 1819. N. A. Adler, Schuh-Großhandlung, (gegründet 1890). Wormser & Co., Schuhfabrik - Parkettfabrik. Schürmann & Co., Dämme und Gewürze, kompl. Laden-, Wurstküchen-Einrichtungen. Jos. Ehrhard, Holz- und Korbwaren, Mühlburg, Rheinstr. 32. Hermann Cohen, Rintheimerstrasse 8 - Telefon 5108.

Vogel & Schnurmänn, Karlsruhe. Leder-Handlung R. Neureuther, Marionenstr. 53. Stimmen u. Reparaturen, erledigt prompt und billigst, J. Kunz, Piano-Haus, Karl Friedrich-Strasse 21 - Telefon 2713. Bruchsaler Gesellschaft für Holzhandel und Holzbearbeitung, G. m. b. H., Telefon: 20, 440, 463. Gustav Bader, Fittings Fabrik. Ferd. Schrott & Co., Möbelfabrik, Dampftrieb mit Trockenanlage. Raphael Bär, Bruchsal, Leder - Häute - Treibriemen, Telefon 47. Joh. Breining, Kaiserstraße 61, Telefon 117, Manufaktur- und Modwaren, Damenkonfektion. Deutsche Eisenbahnsignalwerke, Aktien-Gesellschaft. Peter Schwaderlapp & Co., Herren- und Knaben-Kleider-Spezial-Haus. Schuhhaus Julius Wertheimer, Bruchsal, Manufakturwaren mit Damenkonfektion. Jakob A. Gross, Bruchsal, etats neu ergänzte grosse Auswahl zu vorteilhaftesten Preisen. Reserviert.

